

## (Abgeordneter Blüher.)

A) können. Diese besonderen Zuweisungen — es kommen hauptsächlich Nahrungsmittel, Mehle, Süß- und Fettstoffe in Frage — sind bisher teils vom Kommunalverband, teils von der Regierung gegeben worden. Bei dem zurzeit bestehenden großen Mangel an Lebensmitteln der genannten Art dürfte in den nächsten Monaten kaum damit zu rechnen sein, daß die Kommunalverbände bei stärkerer Inanspruchnahme der Massenspeisungen größere Lebensmittelsonderzuweisungen für die Massenspeisungen bereitstellen können. Es bleibt deshalb nur der eine Weg, bei der Regierung darauf hinzuwirken, daß die von ihr für Massenspeisungen bisher erteilten Lebensmittelsonderzuweisungen künftig in verstärktem Umfange gegeben werden.

Es wird dringend gebeten, diese Anregung zu vertreten, da diese Angelegenheit alle mit Massenspeisungen versehenen Gemeinden betrifft.

Es muß hierbei erneut darauf hingewiesen werden, daß die Massenspeisungen bei den in den nächsten Monaten zu erwartenden großen Ernährungsschwierigkeiten in erster Linie berufen sein werden, etwaige Unruhen wirksam zu bekämpfen. —

Ich möchte diese Bemerkung unterstreichen. —

Es muß deshalb mit allen Mitteln versucht werden, die unge störte Durchführung der Massenspeisungen durch Bereitstellung genügender und zweckentsprechender Lebensmittel unter allen Umständen sicherzustellen. Eine Störung der Versorgung der Massenspeisungen mit Lebensmitteln würde, selbst wenn sie nur von kurzer Dauer sein sollte, die bedenklichsten Folgen haben.

B)

Ich möchte diese Ausführungen der freistaatlichen Regierung ganz besonders ans Herz legen.

Ich komme nun noch auf die Zukunft. Wie gestaltet sich die zukünftige Ernte? Welche Erwartungen werden wir von der zukünftigen Ernte haben dürfen?

In dieser Richtung müssen zweifellos sehr große Besorgnisse bestehen. Die Anbaufläche der Feldfrüchte ist seit dem Jahre 1913/14 stetig zurückgegangen. Ich will Ihnen nur die Hauptfrüchte nennen. Die Anbaufläche für Weizen und Spelz, die im Jahre 1914 2265 ha betrug, ist zurückgegangen auf 1660 ha. Bei Roggen ist der Stand von 1914 bis 1918 von 6299 ha auf 5628 ha zurückgegangen, bei Gerste von 1582 ha auf 1512 ha, bei Hafer von 4388 ha auf 3334 ha, bei Kartoffeln von 3386 ha auf 2774 ha, bei Zuckerrüben von 569 ha auf 398 ha. In Prozenten ausgedrückt, wenn man die Anbaufläche des Jahres 1916 mit 100 einsetzt, ist die Anbaufläche, wiederum von 1914 bis 1918, zurückgegangen bei Weizen und Spelz von 122 Prozent auf 89 Prozent, bei Roggen von 105 auf 95,5 Prozent, bei Gerste

von 103,8 Prozent auf 99,21 Prozent, bei Hafer von 121,38 Prozent auf 92,23 Prozent, bei Kartoffeln von 120,67 Prozent auf 98,86 Prozent, bei Zuckerrüben von 138,01 Prozent auf 96,6 Prozent. Sie sehen also, daß — mit Ausnahme des feldmäßigen Gemüseanbaues, von dem ich Ihnen vorhin das Gegenteil berichten konnte — bei allen unseren Hauptnahrungsmitteln die Anbaufläche ganz wesentlich zurückgegangen ist.

Es kommt dazu, daß wir durch den Wegfall der Gefangenen und durch andere Gründe, zum Teil wohl auch auf Grund der neuen Einrichtungen, auf denen die Verwendung der Landarbeiter beruhen wird, mit Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Deutenot wesentlich mehr als bisher werden zu kämpfen haben, daß hinzutritt Knappheit, ja, ich möchte sagen Mangel an animalischen wie an künstlichen Düngemitteln, daß ich auch nicht sicher bin, inwieweit das erforderliche Saatgut vorhanden ist und daß zu allen diesen Fragen noch Schwierigkeiten hinzutreten, die nicht in der Sache selbst liegen.

Ich erwähnte vorhin schon, daß sich in der Landwirtschaft erhebliche Widerstände gegen die Fortführung der Zwangswirtschaft geltend machen. Aus der Presse habe ich entnommen, daß der Deutsche Landwirtschaftsrat gefordert hat: sofortigen freien Verkehr mit Gemüse, Obst, Eiern, Kartoffeln, Gerste, Hafer, Hülsenfrüchten, Heu und Stroh, daß er bei Gerste, Hafer und Hülsenfrüchten Lieferungsverträge neben dem öffentlichen Handel zulassen will. Ich möchte die freistaatliche Regierung um Auskunft bitten, wie sie sich zu diesen Forderungen stellt.

Für Brotgetreide habe ich Bedenken, die öffentliche Bewirtschaftung irgendwie anders zu gestalten als bisher, und wenn ich recht sehe, bin ich da in Übereinstimmung mit den Forderungen des Deutschen Landwirtschaftsrates.

Für Kartoffeln halte ich den Abbau der Zwangswirtschaft — und insofern kann ich mit dem Landwirtschaftsrat nicht übereinstimmen — für bedenklich. Wir haben uns im vorigen Jahre mit Führern der deutschen Landwirtschaft darüber unterhalten, und ich weiß, daß diese Herren, damals war es Freiherr v. Wangenheim, schon damals auf dem Standpunkte standen, daß wir die Kartoffelwirtschaft unbedenklich freigeben könnten. Wir in den großen Städten sehen dem doch mit großer Besorgnis entgegen und haben diese Besorgnisse auch in jener Unterredung aufrechterhalten. Ich glaube, die Herren beschieden sich damals auch, daß man die Verantwortung noch